

SPD-Klimaforum: Trotz Hitzewelle will Ministerin Reiche den Einbau von neuen Öl- und Gasheizungen weiterhin erlauben



Berlin, 03. Juli 2026

Zu den Schlussberatungen des Gebäudemodernisierungsgesetzes (GModG) im Deutschen Bundestag erklärt das SPD-Klimaforum:

Die Hitzewelle der letzten Tage hat deutlich gezeigt, dass der Ausstoß von Treibhausgasen aus der Verbrennung von Öl, Gas und Kohle gesenkt werden muss, um das Leben auf einer sich erwärmenden Erde nicht unerträglich zu machen. „Wer jetzt noch sagt, das ist alles nur Wetter, hat wirklich nichts verstanden“, sagt Prof. Mojib Latif¹⁾. Leider geht der federführend von Wirtschaftsministerin Katherina Reiche erarbeitete Gesetzentwurf zum GModG genau in die falsche Richtung.

Aus Sicht des SPD-Klimaforums gibt es keinen logischen Grund, das Verbot zum Einbau neuer fossiler Heizungen zu kippen. Dazu Lennart Weyandt, Co-Sprecher des SPD-Klimaforums: "Hier ist reine Ideologie am Werk. Dies schadet nicht nur den Menschen und der Wirtschaft, sondern auch dem Ansehen unserer Demokratie!"

Viele Bürger haben sich für Wärmepumpen entschieden, weil dies für sie die überzeugendste und auch langfristig kostengünstigste Lösung ist. Zugleich handeln sie im eigentlichen Sinne „konservativ“: Sie setzen sich dafür ein die natürlichen Lebensgrundlagen unseres Planeten auch für ihre Kinder und Enkelkinder zu erhalten.

Ministerin Reiche gefährdet mit ihrem Vorhaben die Gesundheit der Menschen und das Vertrauen in staatliches Handeln. Auch die Energiewirtschaft warnt vor Kursänderungen und die Kommunen werden bei ihrer Wärmeplanung in Unsicherheit gestürzt. Der von Ministerin Reiche vorgesehene Mehrfachzugriff auf Biogas und Bio-Öl führt zu einem enormen Konkurrenzdruck, vor allem auf die Anbauflächen und die Nutzung der raren Energieträger. Statt der geplanten Bio-Treppe wäre es daher sinnvoll, an der bestehenden 65 %-Regel für neue Heizungen festzuhalten.

Bei den jetzt anstehenden Schlussberatungen des Gesetzentwurfs sind mindestens folgende Änderungen erforderlich:

- Es muss verpflichtend geregelt werden, dass das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie alljährlich **Einschätzungen über die Entwicklung der Öl- und Gaspreise** sowie über die Preise der in der sog. Bio-Treppe vorgesehenen klimafreundlichen Gase (Biomethan, biogenes Flüssiggas, grüner Wasserstoff usw.) für die nächsten 20 Jahre veröffentlicht. Nur so können Privatpersonen, Unternehmen und auch Kommunen sich

¹⁾ Quelle: rbb24 inforadio.de vom 29.06.2026

ein Bild davon machen, welche zukünftigen finanziellen Belastungen durch den Einbau fossiler Heizungen auf sie zukommen.

- Das Gebäudemodernisierungsgesetz muss verfassungskonform ausgestaltet werden. Nur so kann verhindert werden, dass die bei dem jetzigen Entwurf zu erwartenden und ggf. erfolgreichen Verfassungsbeschwerden bei den Bürgern zu einem erneuten Verlust in das Vertrauen gesetzlicher Regelungen führen. Hierzu gehört ein Enddatum für den Betrieb fossiler Heizungen um das Ziel der Klimaneutralität 2045 nicht von vorn herein auszuhebeln.

- Mieter müssen besser vor den finanziellen Risiken ineffizienter fossiler Heizungen geschützt werden. Die vorgesehene hälftige Aufteilung der Mehrkosten klimaneutraler Brennstoffe zwischen Vermietern und Mietern ist unfair und sollte entfallen. Die Kosten für Fehlinvestitionen der Vermieter müssen von diesen allein getragen werden. Die vorgesehene Regelung enthält für private Mieter zudem eine weitere Benachteiligung wenn der Mindestanteil klimaneutraler Brennstoffe nach der Bio-Treppe auf über 30 Prozent steigt, weil sie die hierdurch entstehenden Mehrkosten in vollem Umfang tragen sollen. Gewerbemieter sollen die die finanziellen Folgen sogar von Anfang an zu 100 % tragen. Ferner sollte eine Belastung der Mieter durch eine Modernisierungsumlage wegen des Einbaus einer fossilen Heizung nicht zulässig sein.

Das SPD-Klimaforum ist ein bundesweites Netzwerk von engagierten ehrenamtlich Aktiven in der SPD. Weitere Informationen: www.spd-klimaforum.de

V.i.S.d.P.: Lennart Weyandt,

Co-Sprecher des Koordinierungsteams des SPD-Klimaforums

Redaktion / Ansprechpartner für Rückfragen:

Jürgen Wagner, Mitglied im Koordinierungsteam des SPD-Klimaforums

Kontakt: 0162 / 2301463 jue.wagner@gmx.net

Weitere Kontaktmöglichkeiten: kontakt@spd-klimaforum.de; mitmachen@spd-klimaforum.de